

# Dialog und Verständigung statt Gewalt und Zerstörung

Zum kurdisch-türkisch-deutschen Dialog  
für eine politische Lösung des Krieges in der Türkei



5., 6. und 7. „Harmonisierungs-Paket“  
für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union

und die Praxis.

Die Nützlichen Nachrichten werden vom Dialog-Kreis herausgegeben.

Bestellungen dieser **Nützlichen Nachrichten**  
möglichst mit Briefmarkenspenden an:

Dialog-Kreis, Postfach 90 31 70 in 51124 Köln  
Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

[dialogkreis@t-online.de](mailto:dialogkreis@t-online.de), [www.dialogkreis.de](http://www.dialogkreis.de)

Für Ihre Spenden und Beiträge steht unser Konto Dialog-Kreis,  
Konto-Nr. 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei  
der Stadtsparkasse Köln natürlich auch zur Verfügung.

## Editorial

Gerade hat der türkische Ministerpräsident die Bundesrepublik besucht. Er hat mit der Regierung, mit der Opposition und Nicht-Regierungsorganisationen gesprochen. Der alte Streit, ob die Türkei möglicherweise einmal Mitglied der EU werden könne wurde von der CDU/CSU wahltaktisch erneut in die Öffentlichkeit gebracht. Sonst sprach man über Gesetzesfortschritte – wir listen die Gesetzespakete auf -, über Defizite bei den Menschenrechten und die noch immer heftigen Folterungen. Fataler Weise spielte die kurdische Frage, obwohl sie sich gegenwärtig wieder zuspitzt, fast keine Rolle. Der Dialog-Kreis hatte den Bundeskanzler in einem Brief gebeten, sich in dieser Schlüsselfrage unterstützend zu engagieren.

In der vorliegende Ausgabe haben wir diese Frage deshalb erneut in den Mittelpunkt unserer Berichterstattung gestellt. Den Brief drucken wir statt eines Kommentars ab. Ferner finden Sie z. B. eine „Road Map“ für die Türkei in einem Vorschlag der KADEK, die trotz der Aufkündigung des einseitigen Waffenstillstandes die Friedensbereitschaft dieser Organisation zum Ausdruck bringt.

Ausführlich berichten wir wiederum über die Zustände im Inneren der Türkei anhand der Meldungen der Menschenrechtsorganisationen und von Aktivitäten von Frauengruppen.

Mehmet Sahin war im Nord-Irak und hat dort mit Pro Humanitate Hilfsaktionen für vom Baath-Regime Vertriebene und nun zurückkehrende Menschen organisiert. Diese Hilfe soll in Hinblick auf die Not im Winter fortgeführt werden, wie auch die Übernahme von Patenschaften in der Kampagne „Bienenstöcke für Hakkari“.

In eigener Sache muß ich Sie bitten, den Dialog-Kreis mit Spenden zu unterstützen. Wir sind keine Mitgliedeorganisation mit Mitgliedsbeiträgen. Wir haben keine große Finanzierungsquelle im Hintergrund und wollen uns unsere Unabhängigkeit erhalten. Fast alle Arbeit geschieht ehrenamtlich mit einem lächerlich geringen Aufwand. Doch auch dieser muß gesichert werden. Bitte, helfen Sie uns dabei. Unser Konto finden Sie auf der ersten Seite. Vielen Dank!

*Freundlich grüßt Sie*

*Ihr*

*Andreas Buro*

*Koordinator des Dialog-Kreises*

## Frauen-Friedens-Initiative am 4./5. Oktober 2003 in Bingöl

Die Frauenorganisation KATAGI (Initiative zur Entwicklung eines Frauenstandpunktes) lädt ein zu einer internationalen Frauen-Friedens-Initiative, die am 4./5. Oktober 2003 in Bingöl, einer Stadt in den kurdischen Gebieten der Türkei, stattfinden soll.

Hintergrund der Initiative: Unter dem Motto „die Gewaltkultur zum Schweigen bringen“ wurden während der letzten Monate, durch ein Bündnis verschiedener Frauenorganisationen, darunter türkische, kurdische, Frauen-, Lesben- und Transsexuellen-Organisationen, in verschiedenen Städten der Türkei die Initiative Friedensstisch durchgeführt. Mit dem Aufruf zu Friedensgesprächen wollten sie, im Gegensatz zur langen Tradition militärischer Gewalt die in der Türkei vorherrscht, zu Gesprächen unter allen gesellschaftlichen Kräften zur Lösung zahlreicher Probleme anregen und eine Kultur des Friedens etablieren. Bereits im Juni 2003 sollten die Friedensgespräche in Bingöl stattfinden. Sie wurden jedoch von den Sicherheitskräften verhindert, 119 Frauen wurden festgenommen und eiligst aus der Stadt geschafft. Mit neuer Kraft und in Solidarität mit der Bevölkerung in Bingöl, haben die Frauen nun beschlossen die Friedensgespräche am 4./5. Oktober doch in Bingöl durchzuführen.

Die Forderungen nach demokratischen Rechten, einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage, sowie die Forderungen nach einer Generalamnestie die sowohl den Gefangenen als auch der Guerilla ermöglicht in das zivile Leben zurückzukehren und am politischen Prozess teilzunehmen, stehen auf der Tagesordnung der fast täglichen Aktionen der Frauen im Sommer 2003. Dabei nimmt die Repression gegen die Teilnehmerinnen zu. Zahlreiche Protestaktionen wurden von der Polizei angegriffen, Hunderte wurden festgenommen, bedroht und gefoltert. Dabei schrecken die Sicherheitskräfte vor nichts zurück, wie beispielsweise im Fall von Gülbahar Gündüz, Vorstandsmitglied der DEHAP Frauengruppe in Istanbul, die von Polizeikräften entführt und vergewaltigt wurde.

Kontakt: Susanne Röbling, [susanklarnet@yahoo.de](mailto:susanklarnet@yahoo.de)  
Tel. 030 / 615 76 29 oder Britta Wente, [b.wente@z.zgs.de](mailto:b.wente@z.zgs.de)  
Tel. + Fax 0711 / 600 363, Handy 0170 / 270 97 68

## Impressum

Die Nützlichen Nachrichten erscheinen in unregelmäßiger Folge, möglichst jedoch 4 x jährlich.

Sie werden herausgegeben vom DIALOG-KREIS

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, 51124 Köln

Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

E-Mail: [dialogkreis@t-online.de](mailto:dialogkreis@t-online.de), <http://www.dialogkreis.de>

Redaktionsgruppe: Andreas Buro, Mehmet Sahin,

Luise Schatz, Mani Stenner

Die Arbeit des Dialog-Kreises ist auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei der Stadtsparkasse Köln.

Diese Publikation wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

# Schritte der Türkei auf dem Wege in die EU

## 1. Reformpaket (6. Februar 2002):

Bei Artikel 159 und 312 des Türkischen Strafgesetzbuchs (TCK) sowie bei den Artikeln 7 und 8 des Antiterrorgesetzes wurden Änderungen bezüglich der Meinungsfreiheit vorgenommen. Haftstrafen wurden gesenkt. Die Frist des Polizeigewahrsams von 15 Tagen wurde an den Staatssicherheitsgerichten (DGM) auf 4 Tage reduziert. Die Unversehrtheit der Privatsphäre, der Nachrichtenaustausch sowie die Unantastbarkeit des privaten Wohnraums wurden gewährleistet.

## 2. Reformpaket (9. April 2002):

Die Bestimmungen des Vereinsrechts sowie des Gesetzes zur Versammlung und Demonstrationen wurden verändert, die darin befindlichen Einschränkungen wurden gelockert. Es wurde eine Bestimmung geschaffen, die die Täter verpflichtet, aufgrund von Schuldsprüchen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs wegen Folter bzw. schlechter Behandlung auferlegte Schadenersatzforderungen selbst zu bezahlen. Die Schließung von Parteien wurde erschwert. Der Begriff der „verbotenen Sprache“ im Presserecht wurde abgeschafft.

## 3. Reformpaket (9. August 2002):

Im Rahmen der Verfassungsänderung wurde die in Gesetzen vorgesehene Todesstrafe aufgehoben und in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Bestimmungen, die Stiftungen von religiösen, d.h. nichtmuslimischen Minderheiten den Erwerb von Immobilien verwehrten, wurden aufgehoben. Eine Bestimmung, die Rundfunk- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache ermöglichen soll, wurde geschaffen.

## 4. Reformpaket (11. Januar 2003):

Mit Änderungen im Parteienrecht sowie im Justizregisterrecht (Einschränkung und Verbote der politischen Betätigung in polizeilichen und juristischen Registern) wurden politische Verbote gelockert. Mit Politikverbot versehenen Personen, wie dem Vorsitzenden der AKP, Recep Tayyip Erdogan, wurde die Möglichkeit gegeben, zu Abgeordneten gewählt zu werden. Mit Änderungen im Parteienrecht wurden Regelungen eingeführt, die die Schließung von Parteien erschweren. Eine weitere Bestimmung sorgte dafür, dass Strafen von Folterern weder in Geldstrafen umgewandelt noch zur Bewährung ausgesetzt werden dürfen.

## 5. Reformpaket (4. Februar 2003):

Die Wiederaufnahme von Gerichtsverfahren aufgrund von Urteilen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs wurde erleichtert. Indem die Bestimmung auch auf bereits rechtsgültige Urteile angewandt wurde, wurde die Wiederaufnahme der Gerichtsverfahren der ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana und ihrer Mitstreiter möglich.

## 6. Reformpaket (19. Juli 2003):

Der berühmt-berüchtigte Artikel 8 des Antiterrorgesetzes, der „die Ausübung von Propaganda zur Zerstörung der territorialen Einheit des Staates“ als Straftatbestand definiert, wurde aufgehoben. Es wurde die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass neben TRT (staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt) auch Privatsender Sendungen in kurdischer Sprache verbreiten dürfen. Die Bestimmung, die bislang untersagte, seinen Kindern bestimmte Vornamen zu geben, wurde aufgehoben. Durch eine Änderung im Strafprozessrecht wurde die Urteilsfähigkeit der normalen Gerichte mit den Staatssicherheitsgerichten gleichgestellt.

## 7. Reformpaket (30. Juli 2003):

Mit einer Änderung im Aufgabenkatalog des Nationalen Sicherheitsrats (MGK) wurden dessen Kompetenzen in einigen Punkten eingeschränkt. Die Kompetenz des Generalsekretariats des Nationalen Sicherheitsrats zur Beobachtung und Kontrolle der Ratsbeschlüsse wurde aufgehoben. Es wurde der Weg dafür geebnet, dass auch ein Zivilist Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats werden kann. Es wurde beschlossen, dass der monatlich tagende Sicherheitsrat zweimonatlich tagen kann. Es wurde ermöglicht, dass der Rechnungshof die militärischen Ausgaben, auf der Basis der erforderlichen Geheimhaltung, kontrollieren darf. Die Möglichkeit, Zivilisten in Friedenszeiten vor Militärgerichte zu stellen, wurde aufgehoben.

Zur Vermeidung der Verschleppung/Verjährung von Folterverfahren sieht eine Bestimmung vor, dass diese in der Verurteilung vorgezogen werden können. Der gängigen Praxis, Presseerzeugnisse, die gegen die guten Sitten verstoßen, durch Verbrennen zu vernichten, wurde die gesetzliche Grundlage entzogen. Restriktionen des Rechts zur Gründung von Vereinen und Stiftungen sowie des Versammlungs- und Demonstrationsrechts wurden gelockert.

Übersetzung: Hülya Engin  
(Zaman, www.euturkey.org.tr, www.nethaber.com, 04.08.03)

## Praxis contra Reformschritte

## Menschenrechtsverletzungen 2002

Yavuz Önen, Vorsitzender der Menschenrechtsstiftung (TIHV) zog eine Menschenrechtsbilanz des Jahres 2002. Die Praxis spricht im Gegensatz zu den gesetzlichen Reformschritten der Türkei eine andere Sprache.

### Die Kurdenfrage

Im Verlaufe des Jahres 2002 wurden 76 Verfahren eröffnet, damit Eltern, die ihren Kindern kurdische Namen gegeben hatten, diese ändern.

Der Ausnahmezustand (OHAL) der am 19. Juli 1987 in Provinzen mit vorwiegend kurdischer Bevölkerung verhängt worden war, wurde in den verbliebenen 4 Provinzen am 30. November endgültig aufgehoben.

Im Jahre 2002 wurden 26 Personen Opfer von aussergerichtlichen Hinrichtungen (12 dieser Menschen wurden von Dorfschützern ermordet). 3 Uniformierte wurden

vorsätzlich ermordet. Mindestens 6 Personen fielen politischen Morden unerkannter Täter zum Opfer und es gab zwei Fälle von ‚Verschwindenlassen‘. Bei Minen- und anderen Explosionen starben 31 Menschen.

Die TIHV zählte 17 bewaffnete Auseinandersetzungen für das Jahr 2002, bei denen 11 Militante, 15 Soldaten, 4 Angehörige von MIT und 2 Dorfschützer getötet wurden.

### Das Recht auf Leben

In Bezug auf politische Morde (aussergerichtliche Hinrichtungen, Morde unerkannter Täter, Minenexplosionen etc.) war bei einer Gesamtzahl von 144 Opfern eine Abnahme zu den Vorjahren zu verzeichnen. Die wichtigste Entwicklung war die Aufhebung der Todesstrafe in Friedenszeiten, die bei der Abstimmung im Parlament am 2. und 3. August 2002 mit einer Mehrheit von 253 gegen 152 Stimmen beschlossen wurde. Das Gesetz mit der Nummer 4771 trat nach Ratifizierung durch den Staatspräsidenten am 8. August in Kraft.

### Folter

Folter wurde als systematische Verhörmethode weiterhin angewendet. Gesetzesänderungen hatten auf die Praxis keinen Einfluss. Im Verlaufe des Jahres starben 5 Menschen in Polizeihaft.

In Polizeihaft „verschwanden“ Coskun Dogan in Tunceli und Siddik Kaya im Kreis Varto (Mus).

Die TIHV zählte 988 Folterfälle im Jahre 2002. In diesem Zeitraum wandten sich 365 Personen an die Reha-Zentren der TIHV, um sich wegen den Folgen von Folter behandeln zu lassen.

### Gefängnisse

Im Jahre 2002 starben 43 Menschen in den Gefängnissen infolge von Hungerstreiks und Todesfasten, wegen Krankheit, Selbstmord oder bei Auseinandersetzungen zwischen den Gefangenen. Das Todesfasten, das im Oktober (2001) als Protest gegen die Gefängnisse vom Typ F begonnen hatte, forderte im Jahre 2002 das Leben von 21 Menschen ... Es starben 22 Gefangene, bei denen der Verdacht auf unterlassene medizinische Versorgung bestand. Die angeblichen Selbstmorde von Halil Koçyigit und Volkan blieben ungeklärt.

### Meinungsfreiheit

Nach den Feststellungen der TIHV wurden im Jahre 2002 insgesamt 386 Verfahren aufgrund von Meinungsäusserungen in Publikationen durchgeführt. Nach dem § 159 TSG (Beleidigung von offiziellen Stellen) wurden mindestens 25 neue Verfahren eröffnet. 39 Verfahren endeten mit einem Urteil, in denen es zu 17 Freisprüchen und 22 Verurteilungen kam. Von den 47 Verfahren nach § 312 TSG endeten 27 mit einem Urteil, darunter 12 Freisprüche. 58 Verfahren wurden nach Artikel 6 des ATG geführt. Davon endeten 28 mit 26 Verurteilungen. Von den 147 Verfahren, die unter § 169 TSG geführt wurden, endeten 69 mit einem Urteil, 57 davon lauteten auf „schuldig“. Mindestens 47 Publikationen wurden verboten.

(TIHV, 25.7.03, Demokratisches Türkeiforum [www.tuerkeiforum.net](http://www.tuerkeiforum.net))

## Menschenrechtsverband FIDH:

### Lage der Kurden in Türkei trotz Reformen verschlechtert

In den kurdischen Gebieten hat sich die Menschenrechtssituation trotz eingeleiteter Reformen und der Aufhebung des Ausnahmezustands Ende 2002 nach Einschätzung von Menschenrechtlern weiter verschlechtert. Zu diesem Schluss gelangt die Internationale Föderation der Menschenrechtligen (FIDH) in einem am 30.7.03 in Paris veröffentlichten Bericht. Demnach sind schwerste Menschenrechtsverletzungen – Folter, Verschleppungen und aussergerichtliche Hinrichtungen in Türkisch-Kurdistan nach wie vor keine Seltenheit.

Die meisten dieser Übergriffe blieben straffrei, was dazu führe, dass Menschenrechte weiter mit Füßen getreten werden, rügt der Dachverband. Auch seien Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit nach wie vor stark eingeschränkt. So bleibe das Recht auf Fernsehsendungen in kurdischer Sprache – trotz kürzlich in Kraft getretener Reformen – „vor allem theoretisch“.

„Besonders beunruhigend“ sei die anhaltende Verfolgung und Einschüchterung von Menschenrechtsaktivisten, die sich für eine friedliche Lösung des Kurdenproblems einsetzen, stellte die FIDH fest. Gegen den Leiter der Sektion des türkischen Menschenrechtsverbandes (IHD) in der Stadt Bingöl beispielsweise seien bisher 47 Strafverfahren und Prozesse eingeleitet worden. Auch Gewerkschaften und Parteien, vor allem die Kurdenpartei DEHAP seien massiven Repressionen ausgesetzt.

Nach Angaben von FIDH hat die Türkei neue Foltermethoden entwickelt, die keine physischen Spuren hinterlassen. Die Folter werde vor allem in den Kurdengebieten angewendet. Eine große Zahl von Frauen seien zudem Opfer von sexueller Gewalt.

FIDH ist vor allem auch besorgt über die Straffreiheit der Folterer. Die Justizbehörden weigerten sich regelmässig, Fälle von Folter zu untersuchen. Es fehle der Justiz an Unabhängigkeit.

Der Dachverband FIDH wurde 1922 von mehreren Organisationen gegründet, unter anderem unter Beteiligung der französischen und deutschen Liga für Menschenrechte. Er zählt heute weltweit rund hundert Mitgliedorganisationen und hat seinen Sitz in Paris.

(Der Standard Online, 30.7.03, News.ch, 1.5.03)

### Bericht von Mazlum-Der über die ersten 6 Monate

Mazlum-Der, Verein für Menschenrechte und Solidarität mit den Unterdrückten, legte am 7. August 2003 auf einer Pressekonferenz den Menschenrechtsbericht der 1. Jahreshälfte 2003 der Öffentlichkeit vor. „Menschenrechtsverletzungen dauern als Regierungspolitik an. Es wurden lediglich gesetzliche Bestimmungen verändert, nachdem die Türkei von der EU als Kandidat für den Beitritt aufgenommen wurde. Die Nation erfuhr erst später, was im nationalen Programm stehen sollte“, klag-

te der Menschenrechtsverein und fuhr fort: „Natürlich hat das Recht und die Rechtssprechung eine besondere Bedeutung für den Schutz der Menschenrechte, aber das reicht alleine nicht aus. Es hat positive Veränderungen gegeben, die aber in die Praxis umgesetzt werden müssen. Es gibt immer noch Offizielle, die Folterer schützen. Der Justizminister selber nannte die Zahl von 4.600 Personen, die in den letzten drei Jahren Strafanzeige wegen Folter gestellt haben. So viele Folterfälle haben nicht einmal die Menschenrechtsorganisationen dokumentieren können. Es gibt immer noch Menschen, die daran gehindert werden, ihren Kindern den von ihnen gewünschten Namen zu geben und deshalb vor Gericht erscheinen müssen. (...)“

## Die Bilanz

### *Das Recht auf Leben*

- Politische Morde/zweifelhafte Tode: 168
- aussergerichtliche Hinrichtungen/Tod durch Folter: 9
- bewaffnete Auseinandersetzungen: 32 Tote, 36 Verletzte

### *Persönliche Sicherheit*

- Entführung/ „Verschwinden“: 18
- Sexuelle Belästigung/Vergewaltigung in Haft: 1
- Folttervorwürfe: 167

### *Meinungsfreiheit*

- Geforderte Strafen: 633 Jahre 9 Monate
- Verhängte Strafen: 189 Jahre, 5 Monate, 15 Tage
- Verbote gegen Publikationen: 82 (Verbote über 880 Tage)
- Festgenommene Journalisten: 31
- Verfahren wegen Religionsfreiheit: 14 Beamte/ 2 Studentinnen
- Verfahren an Hochschulen: 10 Lehrkräfte/ 362 Studentinnen

### *Organisationsfreiheit*

- Überfälle auf Vereinigungen: 284
- Schliessungen von Vereinen: 5

PM von Mazlum Der (Verein für Menschenrechte und Solidarität mit den Unterdrückten), 7.8.03

## Der Fall von Eren Keskin

Die stellvertretende Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD Rechtsanwältin Eren Keskin gab Ende Juni in einer Erklärung bekannt, dass sie von 2 Personen „beschattet“ werde, die sie mit dem Tod bedroht und auch ihr Handy gestohlen hätten. „Ich werde ständig zur Zielscheibe gemacht; deswegen fürchte ich um mein Leben. Falls mir etwas passiert, ist der Staat verantwortlich“ sagte sie.

Die kurdische Menschenrechtlerin Keskin führt in der Türkei einen zähen Kampf für mehr Demokratie und wurde unter dessen Ende 2002 mit einem einjährigen Berufsverbot belegt.

„Der Staat“, sagte Eren Keskin, „hat ein großes Interesse daran, meine Aktivitäten für die Menschenrechte zu unterbinden, und versucht jetzt, mir meine Existenzgrundlage zu nehmen. „Eren Keskin setzt sich vornehmlich für die Rechte der Frauen und Kurden ein – und gerät so permanent ins Visier der türkischen Behörden. „In meiner Heimat ist jeder Mensch gefährdet, der das politi-

sche System zu kritisieren wagt“, sagte sie. Neben ihrem Berufsverbot laufen in der Türkei derzeit nicht weniger als 120 Verfahren gegen Eren Keskin.

Seit Jahren wird ihr Leben bedroht. 1994 schossen Polizisten auf sie, immer wieder erhält sie anonyme Morddrohungen. „Wir messen gerade deinen Sarg aus“, lautete eine, und ein Journalist erklärte in einem Radiointerview: „Wenn Eren Keskin nach Hause kommt, verdient sie es, sexuell misshandelt zu werden.“ Hintergrund solchen Hasses ist auch ein Rechtshilfeprojekt, das Eren Keskin 1997 gemeinsam mit zwei anderen Rechtsanwältinnen gegründet hat: Darin werden Frauen unterstützt, die sexuelle Folter von staatlichen Sicherheitskräften erdulden mussten. „Noch immer sind bei uns Folter und Vergewaltigungen als Instrument der Regierung an der Tagesordnung“, sagte die Menschenrechtlerin.

Die Hoffnung darauf, dass sich die Verhältnisse in der Türkei eines Tages ändern werden, mag Eren Keskin, die vor zwei Jahren den Menschenrechtspreis von Amnesty International erhielt, trotz der mäßigen Bilanz nicht aufgeben. „Ohne Hoffnung könnte ich meine Arbeit gar nicht machen. Es wird sich ändern, aber es wird lange dauern.“

(Dicle Nachrichtenagentur, DIHA, 20.6.03; NZZ, 21.6.03; Stuttgarter Zeitung, 30.6.03)

## Erneut Verbotsklage gegen DEHAP

Nach den Reformgesetzen sind Parteiverbote erschwert worden: Dennoch leitete der türkische Generalstaatsanwalt Ende April 2003 dem Verfassungsgericht eine zweite Klage zum Verbot der prokurdischen DEHAP zu. Er bezichtigt die Partei, Verbindungen zur PKK zu pflegen und Zentrum für Taten zur Spaltung der Türkei zu sein.

Der Vorsitzende des Obersten Wahlbehörde glaubt, dass die DEHAP in den nächsten Wochen vom Verfassungsgericht verboten wird und lädt die Öffentlichkeit, an erster Stelle die Zeitungskolumnisten, ein, nach einem Verbot von DEHAP gemeinsam eine Lösung zu finden, was mit den 6,2 % Stimmen, genau gesagt mit ca. 2 Mio. Stimmen, geschehen soll. Er meint, dass man die Stimmen der DEHAP von der letzten Wahl auf die nicht gewählten Parteien verteilen solle. So könnten z. B. die Sitze von AKP und CHP im Parlament um etwa 60–70, genauesagt um 66 schrumpfen und die DYP, geleitet von einem bedeutenden und führenden Glied der Susurluk Bande, Mehmet Agar, als zweite Oppositionspartei neben der CHP ins Parlament einziehen.

(M und taz, 30.4.03; H, 29.8.03)

## Großmütter sind endlich frei

Die 81 jährige Emine Kiyancicek war mit drei weiteren Großmüttern (Fatma Sevük, Yemis Altuntas und Güllü Celik) und mit einem Großvater (Ali Adir) im Alter von 61-81 Jahren wegen Unterstützung der PKK/KADEK mit Lebensmitteln, zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie waren 2 1/2 Jahre im Gefängnis von Dersim inhaftiert.

Nach ihrer Freilassung am 10. August 2003 sagte Emine Kiyancicek, sie könne ohne den Laufstock nicht mal zwei Schritte vorwärts tun, wie hätte sie denn der

Guerilla helfen können und fragte „etwa mit diesem Laufstock?“ Sie sagte weiter, dass sie am meisten ihre Enkeln und die Berge vermisst hätte. Sie wurde von 24 Enkeln empfangen und in ihr Dorf mitbegleitet.

(H, 11.8.03; DIHA, 13.8.03)

## Türkei will gegen Folter vorgehen

Die Türkei will nach eigenen Angaben gegen Übergriffe von Sicherheitsbeamten auf Gefangene schärfer vorgehen. In einem am 29.7.03 in Teilen veröffentlichten Brief an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg schrieb die türkische Regierung: „Wir akzeptieren, dass das Foltern von Gefangenen gegen Artikel drei der Menschenrechtskonvention verstößt. Die Regierung wird künftig alle nötigen Maßnahmen ergreifen, damit das Verbot von Misshandlungen und Folter eingehalten werden.“

Mit dieser Erklärung reagierte die Türkei auf die Klage eines Mannes, der 1995 als mutmaßliches Mitglied der PKK gefangen genommen und nach eigenen Angaben gefoltert worden ist. Nachdem die Türkei im Juli bereits in vier ähnlichen Fällen vom Gerichtshof zu Geldstrafen verurteilt worden war, einigte sich die Regierung in Ankara im jüngsten Fall außergerichtlich mit dem Kläger. Dem Mann wurde eine Entschädigung von 26.000 Euro zugesagt.

(taz, 24.7.03; Stuttgarter Zeitung, 28.7.003; Der Standard Online, 30.7.03)

## Eine verfehlte Politik: Das „Reuegesetz“

Unsere Meldung zum geplanten „Reuegesetz im Heft 2/2003 der Nützlichen Nachrichten endete mit dem folgenden Absatz: „Wenn die Machthaber in Ankara es tatsächlich ernst meinen, müssen sie als erstes die seit über 9 Jahren eingekerkerten gewählten kurdischen Abgeordneten, wie Leyla Zana und ihre 3 Kollegen freilassen, die zumindest in Europa seit Jahrzehnten lebenden gewaltfreie Aktivisten der kurdischen Partizipationsbewegung rehabilitieren und ihnen ihre aberkannten politischen Rechte zurück geben. Sonst wird auch dieses neue Vorhaben das gleiche Schicksal erleben, wie die früheren: Auf den staubigen Aktenregalen in Ankara abgelegt zu werden.“

Nicht lange dauerte es, dass das am 29.7.03 vom Parlament verabschiedete und am 6.8.03 im Amtsblatt veröffentlichte „Reuegesetz“, das den offiziellen Titel „Gesetz zur Eingliederung in die Gesellschaft“ trägt, seinen Platz auf den staubigen Aktenregalen in Ankara genommen hat. Die Hoffnungen der AKP Regierung wurden nicht erfüllt, da bis zum 29.8.03 laut dem Viersterne-General Oktar Ataman insgesamt 223 Personen beworben haben, um von diesem Gesetz Gebrauch zu machen. „Aus den Bergen kamen lediglich 2 Personen“ sagte der General und fügte hinzu, dass das Gesetz sein Ziel verfehlt habe. Die übrigen sind, laut Pressemeldungen, verurteilte Gefangene, die entweder den islamistischen Strömungen (Hisbollah) angehören, oder ehemaliger PKKler, die der Organisation schon längst den

Rücken gekehrt haben. Der volle Text des Gesetzes steht auf den Internetseiten vom Demokratischen Türkeiforum [www.tuerkeiforum.net](http://www.tuerkeiforum.net).

(FR, 31.7.03, H, 1., 6., 7., und 8.8.03; M. 2.8. und 23.8.03, ÖP, 5., 22. und 29.8.03)

## Umfrage zu Menschenrechten

Die Dozenten Ihsan Dagi (Middle East Technical University) und Metin Torpak (Kirikkale) haben im Oktober 2002 eine Umfrage zu Menschenrechten und Meinungsfreiheit gemacht. Sie haben dazu 3.060 Personen in 15 Provinzen befragt. Ein Vergleich zwischen den Antworten der Bevölkerung (A) und Beschäftigten im Rechtswesen (B) ist sehr aufschlussreich:

	A (%)	B (%)
Menschenrechtsverletzungen sind in unserem Land weit verbreitet	73	48,4
Grundrechte und -freiheiten sind eingeschränkt	75	46,1
Die Menschen können ihre Ansichten frei äussern	16	37
Die Menschen können ihre Ansichten nicht frei äussern	80	59
Meinungsausserung sollte unter keinen Umständen ein Verbrechen sein	89	73
Staatsbedienstete verletzen Menschenrechte	47	40
Folter ist auf Polizeiwachen und im Gefängnis weit verbreitet	54	42
Meinungsfreiheit wird nicht eingeschränkt	3	17
Ich bin gegen Unterricht in Kurdisch	54	62
Kopftücher sollten an den Universitäten erlaubt sein	70	50
Die Gesetze werden nicht gerecht und unparteiisch angewendet	65	25
Ich würde mein Recht vor dem EMRG suchen	64	46
Der Staat übt Druck auf Gerichte bei Meinungsdelikten aus	63	33
Ich bin gegen das Verbot politischer Parteien	59	41
Änderungen werden nur wegen dem Beitritt zur EU gemacht	55	49
Bei einem Beitritt zur EU werden Menschenrechte und Freiheiten besser	68	67,5
Kurdisches Radio und Fernsehen sollten erlaubt werden	42	55
Die Urteile des EMRG sind gerecht und unparteiisch	29	36
Ich bin für einen Beitritt in die EU	65	70
Die Beitrittsverhandlungen beeinflussen die Menschenrechte positiv	63	66

Ihsan Dagi und Metin Toprak bewerten ihre Umfrage als Hoffnungsschimmer für die Zukunft der Türkei.

Unsere Gesellschaft im Ganzen ist aufgeschlossener, als die kleine Anzahl der Justizbediensteten. Im Endeffekt wird die Mehrheit auch die Minderheit beeinflussen und aus den Reihen der Gesellschaft werden neue Richter

heranwachsen, die den Menschenrechten mehr Bedeutung beimessen.

(aus einem Artikel von Prof. Dr. Baskin Oran, Radikal, 2.7.03, DTF: [www.tuerkeiforum.net](http://www.tuerkeiforum.net))

## Der Fall von Leyla Zana oder türkische Justiz contra Menschenrechtsgerichtshof

Am 15. August wurden die 1991 gewählten VolksvertreterInnen von DEP (Demokratiepartei des Volkes) Leyla Zana, Selim Sadak, Hatip Dicle und Orhan Dogan zum siebenten Mal seit Wiederaufnahme ihres Verfahrens am 21. Februar 2003 dem Ankaraer Staatssicherheitsgericht (DGM) vorgeführt. Zum siebten Mal kam es zur Vertagung. Für 15 Jahren Haft verurteilt sitzen die populären kurdischen Parlamentarier seit März 1994 im Gefängnis der türkischen Hauptstadt Ankara ein. Die Zweitaufgabe des Unrechtsprozesses von 1994 gleicht immer noch dem skandalösen Original. Nicht nur, dass das Gericht in der Vergangenheit mehrfach die Forderung nach sofortiger Freilassung der Angeklagten abgelehnt hatte: Auch blieben diesmal alle Vorschläge des Verteidigungsteams unter Leitung von Rechtsanwalt Yusuf Alatas unberücksichtigt. Es würden weder „unsere Erkenntnisse“ behandelt noch „unsere Zeugen“ gehört. Er sei „enttäuscht“ über den Prozessverlauf, so der Rechtsanwalt: „Wenn sich nichts ändert und sich alles wiederholt, dann ist es unsinnig, nach neun Jahren diesen Prozess weiter fortzusetzen.“

Am 17. Juli 2001 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg, das Verfahren gegen Leyla Zana und die anderen sei unter anderem deswegen unrechtmäßig, weil das Gericht nicht „unabhängig und unparteiisch“ gewesen sei. Die Türkei wurde aufgefordert, einen zweiten Prozess durchzuführen.

Dr. Patrick Vella, der für die Internationale Juristenkommission (ICJ) in Genf die Verhandlungen beobachtet, sagte: „Das fundamentale Prinzip und das Recht auf einen fairen Prozess sind nicht vollständig respektiert und umgesetzt wie vom Europäischen Gerichtshof gefordert“. Nach wie vor sei insbesondere die „Waffengleichheit“ zwischen Verteidigung und Anklage und die „Unschuldsvermutung“ für die Angeklagten in Frage gestellt, so dass sich der Verdacht aufdränge, „dass das Gericht einen unabhängigen und unparteiischen Prozess“ noch immer nicht durchsetzt.

(ÖP, 21.6.03; ÖP, 20.7.03M, 29.7.03; ÖP, junge Welt, 16.8.03)

## Wehrpflicht gekürzt

Die türkische Armee, nach den USA die zweitgrößte der Nato, wird erstmals seit Ende des Kalten Krieges verkleinert. Die Armeeführung begründete ihren Plan mit der verbesserten Sicherheitslage nach dem Ende des Krieges gegen die PKK, mit dem Ende des Irak-Krieges sowie mit zunehmender Stabilität im Balkan, im Kaukasus und in Afghanistan. Die Reduzierung der Mannschaft dürfte sich auch in einer Entlastung des Verteidigungsbudgets niederschlagen. Ab 15. Juli sollen türkische Wehrpflichtige nicht mehr 18, sondern nur noch 15 Monate dienen. Für Universitätsabsolventen wird die Dienstzeit von 16 auf 12 Monate vermindert.

(H und SZ, 24.6.03; NZZ und SZ, 26.6.03; M, 16.7.03)

## Statt des Kommentars

*Aus der Türkei hört man immer noch, es gäbe keine Kurden-Frage, sonder nur Probleme mit den Menschenrechten. Eine solche Aussage verkennt, dass die Menschenrechtsverletzungen eng mit bestimmten politischen Konflikten und Konstellationen verbunden sind. Nach Jahrzehnten immer wieder kehrender Kämpfe großer Teile der kurdischen Bevölkerung um ihre kulturelle Identität und um ihre soziale und wirtschaftliche Gleichstellung in der Türkei, dürfen die Ursachen dieser Konflikte nicht länger ignoriert, sondern müssen produktiv aufgegriffen werden. Man muß miteinander darüber sprechen und nach Lösungen suchen. Dabei kann angesichts tiefer Verletzungen und Feindbilder aus der Vergangenheit eine moderierende Unterstützung von aussen hilfreich sein. Der Dialog-Kreis schrieb aus diesem Grunde anlässlich des bevor stehenden Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten den folgenden Brief an den Bundeskanzler.*

## Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

in wenigen Tagen empfangen Sie den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Berlin. Ihre Regierung hat einen großen Anteil daran, dass die Türkei die Chance bekommen hat, in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Die Vorbereitung auf einen Beitritt hat in der Türkei die Reformkräfte mobilisiert und zu vielen Veränderungen geführt, die vor Jahren noch nicht vorstellbar gewesen wären. Wir übersehen jedoch nicht, dass nach wie vor der Weg weit ist, bis auch in der Praxis die erforderlichen Ziele erreicht sein werden.

Eines der wichtigsten Hindernisse bei der Erfüllung der menschen- und bürgerrechtlichen Ziele ist nach wie vor der ungelöste Konflikt mit großen Teilen der kurdischen Bevölkerung. Zwischen ihr und der türkisch-nationalistischen Herrschaft hat seit Jahrzehnten ein Kampf um die Gleichberechtigung des Kurdischen und der Kurden stattgefunden, der von beiden Seiten mit großer Gewalt und hohen Verlusten ausgefochten wurde. Es war ein typischer Konflikt, wie er so oft und so tragisch bei der Bildung von Nationalstaaten im vergangenen Jahrhundert zu beobachten war.

Mit der Absicht der Türkei, der EU – also einer multi-ethnischen -religiösen und -kulturellen Gemeinschaft – beizutreten, verliert dieser Konflikt seinen Sinn. Es ist deshalb dringend, eine Politik der Aussöhnung in der Türkei zu betreiben, durch welche die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung beider Bevölkerungsgruppen hergestellt wird. Daraus würden beide Völker großen Nutzen ziehen. Da beide überwiegend der gleichen Religion folgen und Rassenhaß sich bisher kaum entwickelt hat, sind hierfür die gesellschaftlichen Bedingungen günstig. Freilich bedarf es erheblicher Anstrengungen, die Wunden aus gegenseitigen Verletzungen und ihre Feindbilder zu überwinden. Dazu bedarf es der Ermutigung der politischen Eliten in der Türkei von aussen – nicht zuletzt durch die Bundesregierung, die ein hohes Ansehen in der Türkei genießt.

Die kurdische Seite hat – nolens volens – bereits vor

Jahren einseitig den bewaffneten Kampf eingestellt und wirbt um eine politische Lösung im Rahmen der Türkei, verfolgt also nicht länger separatistische Ziele. Die Regierung Erdogan ist ihr gesetzgeberisch im kulturellen Bereich ein Stück, wenn auch bei weitem nicht ausreichend, entgegen gekommen. Sie hat sich jedoch nicht zu einem wirklichen Neuanfang in der Bewältigung der Vergangenheit – aus welchen Gründen auch immer – entschließen können. Neuanfang hieße, eine generelle Amnestie für die Zeit der bewaffneten Kämpfe, die selbstverständlich für die kurdische wie auch für die türkische Seite zu gelten hätte. Erst darauf könnte ein Prozess der Aussöhnung aufbauen. Durch diesen zu kurzen Schritt besteht nun sogar die Gefahr neuer Konfrontation, denn auch die kurdische Seite bedarf der Ermutigung, um an ihrer Politik der politischen Lösung fest zu halten. Eine neue Eskalation muß auf jeden Fall verhindert werden.

Im Namen des Dialog-Kreises, der sich seit vielen Jahren für eine friedliche politische Lösung des Konflikts einsetzt, bitte ich Sie in Ihren Gesprächen mit dem türkischen Ministerpräsidenten die Perspektive einer Politik der Aussöhnung anzusprechen und – wo möglich – auch die Hilfe der Bundesrepublik für einen solchen Prozess anzubieten. Der Dialog-Kreis hat am 18. Dezember des vergangenen Jahres Herrn Erdogan in Ankara ein Memorandum zu einer solchen Politik überreicht und mündlich erläutert. Ich füge es als Anlage dem Brief bei.

Wir hoffen sehr, dass Sie mit Ihrem großen Einfluß einen wichtigen Anstoß in diesem Sinne für eine friedliche Entwicklung in der Türkei geben können.

*Freundlich grüßend bin ich*

*Ihr*

*Prof. Dr. Andreas Buro*

*Koordinator des Dialog-Kreises*

## **Wegbeschreibung (ROADMAP) KADEKs für eine friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage**

*Am 2. August 2003 veröffentlichte der Exekutivrat KADEK (Kongra Azadî û Demokrasiya Kurdistan) einen Stufenplan zur Lösung der Kurdenfrage in der Türkei. Unten veröffentlichen wir Auszüge dieses Plans.*

(...) Der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und dem kurdischen Volk, der nun seit achtzig Jahren anhält, hat von beiden Seiten hohen Tribut verlangt. Weder Kurden noch Staat haben irgendein konkretes Ergebnis erreicht. (...)

Wir haben eine Reihe von Berichten veröffentlicht, in denen unsere Zielsetzungen erklärt und Vorschläge für eine friedliche und demokratische Lösung des Problems gemacht werden. (...) Wir sind unserer Entscheidung seit dem 2. August 1999 treu geblieben und haben nicht nur unsere bewaffneten Aktionen gestoppt, sondern haben auch vernünftige Vorschläge und Denkansätze verlauten lassen, um einen echten Frieden herbeizuführen. Wir haben alles, was wir konnten, getan, um eine Atmosphäre zu schaffen, die dem Frieden förderlich ist. Wenn dies auch noch nicht ausgereicht hat, so hat sich doch das

Klima in der Türkei (ein wenig) in Richtung auf eine Lösung verändert. (...) Obwohl 2002 einige begrenzte Maßnahmen ergriffen wurden, blieben diese ohne praktische Folgen. Entscheidungen wurden nicht umgesetzt. Die Repressionen nahmen im Gegenteil zu und es kam zu fortgesetzten Militäraktionen. (...) Das Jüngste Reuegesetz, mit dem KADEK eliminiert werden soll, bezeichnet das Ende dieses Friedensprozesses. Dieses Gesetz ist im Wesentlichen kein Beitrag zur Problemlösung, sondern spricht für die Absicht, unsere Kräfte einzukreisen und zu eliminieren. Auch den jüngsten Beziehungen der Türkei zu Syrien und dem Iran liegt die klassische Verleugnung der Kurden zugrunde, auch sie haben die Unterdrückung der Freiheitsbewegung zum Ziel. (...) Zusammen mit den neuerlich vermehrten Repressionen gegen die Zivilbevölkerung wird deutlich, dass hier einer Politik des Drohens und Erpressens gegen unsere Bewegung verfolgt wird. Offensichtlich möchte die Türkei uns wissen lassen, dass es für uns nur die bedingungslose Kapitulation geben kann. (...)

Es steht außer Frage, dass wir die türkische Politik der Verleugnung und Repression nicht hinnehmen oder zu bloßen Zuschauern einer solchen Politik werden und die Menschen in der Türkei hilflos einer solchen Politik aussetzen können. Der einseitige Waffenstillstand, den wir seit 1999 eingehalten haben, hat zum Teil seine Rolle erfüllt. Wenn die Umstände seine Fortsetzung zuließen, hätten wir dies getan. Leider hat der türkische Staat diesen Waffenstillstand als Gelegenheit betrachtet, die demokratischen Kräfte zu zerschlagen, anstatt ihn als eine Möglichkeit zur Demokratisierung zu nutzen. Auf diese Weise hat er uns die Fortsetzung des einseitigen Waffenstillstandes unmöglich gemacht. (...)

Dies alles führt dazu, dass der einseitige Waffenstillstand für uns nun beendet ist. Der türkische Staat hat den Waffenstillstand bedeutungslos gemacht und ihn durch die Politik der Auslöschung, die er gegenüber uns verfolgt hat, beendet. Es steht wohl außer Frage, dass ein Waffenstillstand nur dann eingehalten werden kann, wenn er von beiden Seiten beachtet wird. (...)

Angesichts der ernststen Probleme der Türkei und der Entwicklungen in der Region scheint es uns unumgänglich, einen Plan zu implementieren, der das Problem in drei Stufen vom 1. September 2003 bis zum 1. September 2004 löst. Wir halten ein Jahr in diesem Zusammenhang für realistisch. Da die Türkei möglicherweise noch Ende 2004 Beitrittsgespräche mit der Europäischen Union beginnen könnte, wird die Entscheidung für eine Roadmap den Beitrittsprozess sicherlich erleichtern. (...)

### **Erste Stufe**

Hier sollte ein beiderseitiger Waffenstillstand erreicht werden. Dieser Prozess sollte ab dem 1. September 2003 beginnen und am 1. Dezember abgeschlossen sein.

Zuallererst jedoch sollte es einen Dialog zwischen den beiden Parteien über die Roadmap geben und man sollte ein Komitee für Frieden und Dialog einrichten, um die Modalitäten der Umsetzung zu diskutieren. Dieses Komitee sollte aus Vertretern ziviler Organisationen und politischer Parteien bestehen, aus Intellektuellen, Künstlern und demokratischen Persönlichkeiten. Es ist wichtig, dass dieses Komitee von der Regierung in seiner Tätig-

keit ermutigt und unterstützt wird. (...)

Seine dringende Aufgabe wird darin bestehen, den gegenwärtigen, einseitigen, De-facto-Waffenstillstand in einen bilateralen Waffenstillstand zu verwandeln. Hierzu sollte jede der Parteien folgende Schritte unternehmen:

#### **Maßnahmen seitens der Regierung**

1. Militäraktionen sollten gestoppt werden, da sie unvermeidlich zu Zusammenstößen und Vergeltungsschlägen führen, die politischen Friedensbemühungen gefährden, es der Guerilla unmöglich machen, ihre Waffenstillstandspositionen beizubehalten und in der Bevölkerung und unseren Kräften zu Vertrauensverlust führen. (...)
2. Das System der Dorfschützer, ein Produkt des Krieges, sollte aufgelöst werden. (...)
3. Eines der schwerwiegendsten Ergebnisse des bewaffneten Konfliktes ist die gewaltsame Vertreibung von Millionen von Zivilisten. (...) Die Regierung sollte umfassende Anstrengungen unternehmen, um die angekündigte Rehabilitierung der Vertriebenen wahr zu machen und alle administrativen, gesetzlichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen ergreifen, die es ihnen ermöglichen, in ihre Dörfer zurückzukehren. (...)
4. Operative Kräfte wie Spezialpolizeikräfte und spezielle Kommandoeinheiten sollen aus Kurdistan zurückgezogen werden, so dass dort außer den regulären Truppen, der Gendarmerie und Polizei keine weiteren Sicherheitskräfte bleiben. (...)
5. Die irregulären und extralegalen Banden, die zur Bekämpfung des Aufstands und zur psychologischen Kriegsführung eingesetzt wurden, müssen aufgelöst werden. (...)
6. Ein entscheidender Punkt in diesem Prozess ist es, die Öffentlichkeit auf eine Lösung vorzubereiten und eine Kultur des Friedens ins Leben zu rufen. (...) Wenn man auch den Menschen türkischer Volkszugehörigkeit klar macht, dass der Krieg für beide Völker ein großer Schaden war, dann kann ein Waffenstillstand ein Schritt zu einer echten Lösung sein. (...)
7. Die Regierung sollte nicht länger legale Massenproteste behindern und demokratische Aktivitäten als Grundrecht der Bürger anerkennen.

#### **Maßnahmen seitens des KADEK und der Guerilla**

1. Die Guerilla sollte ihre militärischen Aktivitäten vollständig beenden. Ihre Einheiten sollten in ihren gegenwärtigen Positionen verbleiben. Es sollten keine neuen Gruppen der Guerilla in die Türkei einsickern. Sie sollten Waffen nur dann einsetzen, wenn sie angegriffen werden. Sie sollten in Positionen verbleiben, wo ihre Anwesenheit nicht auffällig ist, und ohne dabei Dörfer oder Städte zu betreten.
2. Der KADEK soll in seiner Propaganda und seinen Veröffentlichungen keine Haltung einnehmen, die sich gegen den Staat richten, oder zum Krieg aufhetzen. (...) Er sollte die politische Einheit der Türkei verteidigen und keinerlei gegen die Türkei gerichtete Aktivitäten unternehmen. (...)
3. Die kurdische Bevölkerung sollte ihre Protestaktivitäten

auf vollständig demokratische Weise organisieren, ohne dabei Unordnung zu schaffen.

#### **Die zweite Stufe**

##### **Maßnahmen seitens der Regierung**

1. Die kurdische Frage sollte als Schlüsselfrage der Demokratisierung behandelt werden.
2. Alle Beschränkungen der Redefreiheit und der Freiheit der Organisation sollten fallengelassen und Bedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, sich frei politisch zu betätigen. (...) Die uneingeschränkte Meinungsäußerung, Organisationsfreiheit und Freiheit der politischen Betätigung sind entscheidend für die Entwicklung einer Lage, in der auf bewaffnete Kräfte verzichtet werden kann.
3. Nach Erfüllung der Forderungen aus Artikel (2) soll ein Gesetz für sozialen Frieden und demokratische Partizipation verabschiedet werden. Dieses Gesetz soll die uneingeschränkte Teilnahme aller Mitglieder der Guerilla und aller politischen Gefangenen und Exilanten am demokratischen politischen Leben sichern. Hierzu sollen ihre sämtlichen politischen, sozialen und bürgerlichen Rechte wiederhergestellt. (...)
4. Als wesentlicher Bestandteil des Gesetzes für sozialen Frieden und demokratische Partizipation sollen auf dieser Stufe die Beziehungen unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan mit der Außenwelt, seine Lebensbedingungen und Gesundheitsfürsorge neu geregelt werden. Besuche von Rechtsvertretern und Familienmitgliedern sollen nicht länger eingeschränkt werden. (...)
5. Es sollten gemeinsame Anstrengungen zur wirtschaftlichen Entwicklung von Kurdistan gemacht und Investitionen getätigt werden, wo die Infrastruktur dies erlaubt. Steuererleichterungen für die Privatwirtschaft und billige Kredite sollten helfen, die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln.
6. Um die tiefen Wunden aus den Jahren des Krieges zu heilen, müssen auch Verbrechen untersucht werden, die über reguläre Angriffe auf militärische, politische, administrative und wirtschaftliche Ziele hinausgegangen sind. Die Täter müssen vor Gericht gestellt werden. (...) Das Auftreten von extralegalen Hinrichtungen, Entführungen und Verschwundenen, Tod im Polizeigewahrsam und Vergewaltigung müssen untersucht und die Täter bloßgestellt werden. (...) Es soll daher unverzüglich eine Kommission zur Untersuchung von Wahrheit, Gerechtigkeit und Vergebung eingesetzt werden. Die Kommission sollte von Vertretern von Menschenrechtsorganisationen und Rechtsverbänden gebildet werden, d.h. hauptsächlich aus Vertretern von NGO. Sie sollte nicht nur Verbrechen untersuchen, die im Auftrag des Staates begangen wurden, sondern ebenfalls solche, die der Guerilla zur Last gelegt werden. (...)
7. Die Politik der Verleugnung und Repression hat bei der kurdischen Bevölkerung großes Leid verursacht. Zahllose Personen haben tiefe emotionale Narben davongetragen. Um ihnen dabei zu helfen, über diese Wunden und Narben hinwegzukommen, ist es bedeutsam, dass die Behörden sich entschuldigen und

um Verzeihung für die Behandlung bitten, die sie den Kurden früher haben angeidehen lassen. (...)

8. Alle oben aufgeführten Maßnahmen sollen von der Regierung bis April 2004 eingeleitet sein und zügig umgesetzt werden.

#### **Maßnahmen seitens des KADEK und der Guerilla**

1. Nachdem die Regierung die notwendigen Gesetze so verabschiedet hat, wie dies auf den jeweiligen Stufen des Prozesses vorgesehen ist, sollen Guerillakämpfer und Exilaktivisten in Gruppen von je 500 in die Türkei einreisen und am demokratischen politischen Leben teilnehmen können. Die Kämpfer werden sich mit den Waffen und ihrer Kampfausrüstung stellen.
2. Alle, die in Türkei zurückkehren, werden sich mit ihren Aktivitäten für die Stärkung des sozialen Friedens einsetzen. Sie werden ihre legalen demokratischen Rechte ausüben. (...)
3. Auch der KADEK soll eine gesonderte Kommission einrichten, die die Verbrechen untersucht, die von seinen Mitgliedern gegen das Volk verübt wurden. (...)

#### **Die dritte Stufe**

##### **Maßnahmen, die von der Regierung zu ergreifen sind:**

1. Die kurdische Identität soll unter den Schutz der Verfassung gestellt werden und die Kurden als verfassungsmäßige Bürger der demokratischen Republik anerkannt werden. (...)
2. Sprach- und Kulturrechte sollten in gesetzlichen Bestimmungen verankert werden. Radio- und Fernsehsendungen und Printmedien sollten frei von allen Beschränkungen sein. (...)
3. Grundschulausbildung auf Kurdisch sollte für alle verfügbar sein, die ihre Kinder auf Kurdisch erziehen möchten. In der Sekundärstufe sollte Unterricht in kurdischer Kultur, Sprache und Literatur als Wahlfach in die Curricula aufgenommen werden. An Universitäten sollten Abteilungen für kurdische Sprache, Kultur, Literatur und Geschichte eingerichtet werden.
4. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan sollte freigelassen werden. Er sollte die vollständige Freiheit und Bedingungen erhalten, unter denen er seinen Beitrag zur Einheit der beiden Völker in Freiheit leisten und politische Funktionen ausüben kann.
5. Für die kommunale Ebene sollte demokratisches Recht gesetzlich so eingerichtet werden, dass eine Dezentralisierung der Macht erreicht wird, und die Demokratie in Reichweite und Qualität wachsen kann.
6. Die Gesetzgebung in Bezug auf demokratische Parteien und Wahlabläufe muss nach demokratischen Kriterien erneuert werden. Innerhalb von sechs Monaten nach der Verabschiedung dieser Gesetze sollten Neuwahlen abgehalten werden.
7. Diese Schritte sollten bis zum 1. September 2004 eingeleitet sein und unverzüglich umgesetzt werden.

##### **Maßnahmen, die seitens des KADEK auf dieser Stufe zu ergreifen sind:**

1. Die Gesamtheit der organisatorischen Strukturen einschließlich der Führung und der Kommandeure

sollten in die Türkei zurückkehren mit ihren Waffen, die dabei von internationalen Institutionen und Vermittlern gesichert werden.

2. Alle Publikationen der Organisation außerhalb der Türkei sollten sich in ihrer Arbeit für den laufenden Friedensprozess einsetzen und der demokratischen Einheit der beiden Völker dienen. (...)
3. Alle Verbände und kurdische Organisationen im Exil sollten sich unter einem gemeinsamen Dach mit Organisationen der türkischen Diaspora vereinigen. Es soll im Ausland keine Organisation eingerichtet werden, die sich nicht in Richtung Türkei orientiert. Kurdische Identität, Sprache und Kultur sollen in autonomen Gremien unter dem gemeinsamen Dach geschützt und gefördert werden. Keine mit unserer Bewegung verbundene Einrichtung sollte an diplomatischen oder politischen Aktivitäten zum Nachteil der Türkei teilnehmen.
4. In ihren Beziehungen zu Kurden in der Diaspora und in anderen Teilen von Kurdistan soll unsere Organisation in Übereinstimmung mit den Interessen einer demokratischen Türkei handeln.

Die Türkei steht an einem Scheideweg. Sie kann ihre Politik des „weder Krieg noch Frieden“ nicht länger fortsetzen und wird zeigen müssen, für was sie sich entscheidet bei ihrer Reaktion auf diese Roadmap, die der KADEK hier präsentiert. (...)

Umsetzung dieses Plans und der Antrieb zum Frieden werden für die Türkei und die Kurden von großem Nutzen sein. Aus diesem Grunde erwarten wir, dass dieses Projekt positiv gewürdigt und umgesetzt wird, so dass für die Türkei und den gesamten Mittleren Osten eine neue Ära anbricht, in der die Kurden sich als echte strategische Verbündete der Türkei erweisen können.

#### **Die Europäische Union**

Die Türkei ist seit fünfzig Jahren Mitglied des Euro-Parates. Sie ist derzeit Beitrittskandidat der Europäischen Union. Sollte die Europäische Union die Türkei aufnehmen, dann hat sie gleichzeitig auch die Kurden in die EU integriert. (...)

Diese von uns vorgestellte Roadmap ist gleichzeitig ein Plan zur Vorbereitung der Türkei für den EU-Beitritt. Wir erwarten daher, dass die EU seine Umsetzung auf der Grundlage ihrer Prinzipien unterstützt. (...)

(KADEK, Tel. 0039 0642013576, - Fax 0039 0642013799, kadek.europe@libero.it)

## **Deklaration von DEHAP**

(...) Der Krieg im Irak hat ein weiteres Mal gezeigt, dass die kurdische Frage sehr umfassend ist und Auswirkungen auf die ganze Region hat. Mit einer in jeder Hinsicht demokratisierten tiefgreifenden Lösungsmöglichkeit für die kurdische Frage wird die Türkei führende Kraft in der Region sein. Die mutigen, zu leistenden Schritte, welche die kurdische Frage zu einer Lösung führen, werden den Demokratisierungsprozess beschleunigen, den Stillstand des EU-Beitrittsprozesses überwinden und auf internationaler Ebene gegen die Türkei vorgebrachte Tatsachen aus der Welt schaffen.

Wir halten es abermals für notwendig zu betonen, dass die Schritte zur Demokratisierung der Republik die KurdInnen zu grundlegenden Kraftquellen für die Entwicklung der Türkei machen werden. Ein gewichtiger Faktor für Entwicklungssprünge wird die Überwindung der Aufstands- und Kampfphasen der letzten 70 Jahre werden; durch die Problemlösung wird der Weg freige-macht, die gesamte Energie, die Kraft und den Reichtum der Türkei im Innern zu verwenden.

Die DEHAP hat als Partei, welche die kurdische Frage auf demokratischen friedlichen Wegen zu lösen und die Einheit des Landes auf dieser Grundlage zu sichern vertei-digt, bei den letzten Wahlen in den Gebieten, in denen Staatsangehörige kurdischer Herkunft leben, in großem Umfang Stimmen erhalten.(...) Wir sind entschlossen, die auf uns entfallenden Aufgaben bei der Lösung der Proble-me zu erledigen. (...) Wir sind davon überzeugt, in einem Umfeld aufgelöster Befürchtungen und Vorurteile sehr reichhaltige Ideen und Alternativen hervorzubringen. Wir begnügen uns damit, zum jetzigen Zeitpunkt entwickelte politische Vorschläge zu unterstreichen, und glauben mit einem kreativen Dialog (...) mit Leichtigkeit einen Weg zu finden, auf dem wir gemeinsam gewinnen und uns entwickeln. So wird die Sorge vor der Anziehungskraft anderer Orte dadurch ersetzt, dass die Türkei selbst zum Anziehungspunkt wird.

Um dafür den Weg zu bereiten:

- Trotz gegenteiliger Erklärungen gibt es Pressemel-dungen über Vorbereitungen, Militäreinheiten als Schutzkräfte in den Nord-Irak zu schicken. Die Türkei hat eine militärische Intervention in den Nord-Irak unter allen Umständen zu unterlassen. (...)
- Indem man sich von der von Befürchtungen und Vorurteilen geprägten Annäherung an die kurdische Frage abwendet, muss sich im Gegenzug eine lösungsorientierte Haltung angeeignet werden. Unse-re Partei wird hierbei ihren Part übernehmen. (...)
- Die Türkei muss ihre Politik der Nichtanerkennung der KurdInnen beenden und internationale Abkom-men zum Schutz und zur Entwicklung der kurdischen Sprache und Kultur umsetzen.
- Die nötigen praktischen Schritte müssen unternom-men werden, die mit der EU im Einklang stehenden Gesetze in Kraft zu setzen.
- Es müssen alle Hindernisse beseitigt werden, die eine freie Meinungsäußerung verhindern, abgesehen von Aufrufen zur Gewalt.
- Eine Generalamnestie muss her ohne jegliche Einschränkung.
- Es müssen rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, damit KADEK-Kräfte, die als Gefahr für die innere Sicherheit gesehen werden, die Waffen nieder-legen, in die Türkei zurückkehren und am demokrati-schen Leben teilhaben können. So wird die Bedro-hung durch eine bewaffnete Kraft außerhalb unserer Grenzen aufgehoben. Es ist aber auch klar, dass dies nicht durch ein schon in der Vergangenheit erfolglo-ses Reuegesetz gewährleistet werden kann, sondern durch eine realistischere und erfolgsversprechendere Annäherung.

Zum Schluss wiederholen wir ein weiteres Mal, dass die DEHAP ihren Part mit allen Aufgaben zu erfüllen

bereit ist, um die Sehnsucht der Türkei nach demokrati-schem Wandel zu verwirklichen und die Gesellschaft in ein glücklicheres Morgen zu tragen.

(DEHAP- Demokratische Volkspartei, Verein der Freundinnen und Freunde der DEHAP e.V., Tel: 0221/801 77 84, Fax: 0221/801 77 85)

## 100.000 bei Friedenskundgebung in Diyarbakir

Zu einer Kundgebung am 1. September auf dem Bahn-hofsplatz in Diyarbakir unter dem Motto „Frieden wird gewinnen“ kamen 100.000 Menschen. Das neu verab-schiedete „Reuegesetz“ wurde bei der Kundgebung noch einmal zurückgewiesen und der Wille des kurdischen Volkes für Frieden unterstrichen. Mit diesem einmaligen Ereignis war Diyarbakir erneut Zeuge einer festlichen Stimmung für Frieden und Demokratie.

In verschiedenen Städten der Türkei fanden am 31.8. Kundgebungen anlässlich des Anti-Kriegs-Tages statt. In Istanbul beteiligten sich mehrere Tausend Menschen am „Istanbul-Friedenstreffen“. In Mersin sperrte die Polizei die Autobahn, als aus Gaziantep Teil-nehmer zum „Treffen für eine demokratische Lösung“ nach Mersin wollten. In Izmir wurde das Treffen mit der Begründung „unzureichende Sicherheit“ verboten. Trotz-dem wollte eine Gruppe eine Presseerklärung abgeben. Der Wille für Frieden wurde von der Staatsmacht mit Tränengas und Schlagstöcken begegnet.

Obwohl in Diyarbakir um die 100.000 Menschen zusammenkamen und laut und deutlich nach Frieden und mehr Demokratie verlangten, wurden sie, wie öfters, von der türkischen Presse nicht registriert. Keine Zeilenwert war diese Ereignis für die große und freie türkische Presse.

(H, ÖP, 2.9.03; DIHA, 31.8. und 1.9.03)

## Appell für Frieden und Versöhnung in der Türkei

Nie gab es in den Zeiten der gewalttätigen Ausein-deretzungen in der Türkei eine solche Chance zu Frieden und Versöhnung wie im Jahr 2003:

- Von kurdischer Seite, auch von der PKK/KADEK, wurden einseitige Schritte weg von der Gewalt hin zu einer demokratisch-friedlichen Lösung innerhalb der Republik der Türkei gesetzt.
- Es gibt endlich eine reformbereite türkische Regie-rung.

Aber leider fehlt eine ausreichende und ermutigende Unterstützung der Kurden wie der türkischen Regierung durch die europäischen Regierungen und die NATO-Staaten. Doch noch gibt es Chancen, die Stunde im guten Sinn zu nutzen mit eindeutigen Signalen zu Frieden und Versöhnung. Wer gegen Terrorismus alles in Bewegung setzt, der wird unglaublich, wenn er solche Chancen nicht nutzt!

pax christi hatte schon sehr früh nach den ermutigen-den einseitigen Schritten der Kurden versucht, um Unter-stützung für einen Friedensprozess zu werben. Aber leider gab es kein Zeichen gerade für die jungen Kurden,

die sich von der Gewalt abwandten. Gerade ihnen ist durch Unterstützung gewaltfreier, demokratischer Schritte zu zeigen, dass solche nicht ins Leere laufen.

Jetzt ist es an der Zeit, dass der begonnene Friedensprozess weiter geführt wird. Die neue türkische Regierung braucht Rückendeckung gegen die Falken in Politik und Militär.

pax christi fordert die Bundesregierung und insbesondere Außenminister Fischer auf, eindeutige Signale zur Unterstützung von Frieden und Versöhnung zu geben. (...)

pax christi drückt ihre Hoffnung auf ein Gelingen der von türkischen und deutschen Nicht-Regierungs-Organisationen im Herbst in Ankara geplanten Friedens- und Versöhnungskonferenz aus und wird auch den intensivierte Kontakt zur türkischen Regierung suchen.

(PM der Kommission Asyl von Pax Christi, 29.8.03,  
Pater Wolfgang Jungheim, Tel. 026 21/96 88 41 und  
Dr. Reinhard J. Voß, Generalsekretär,  
sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de)

## Freiwillige Rückkehr von Irakern wird gefördert

Das Düsseldorfer Innenministerium hat dem Flüchtlingsrat NRW mit Schreiben vom 30. Juni 2003 – 15-60.10.10-179/03 – mitgeteilt, dass die Förderung der freiwilligen Rückkehr irakischer Staatsangehöriger in den Irak nach den Programmen REAG und GARP verstärkt werden soll. Für irakische Staatsangehörige werde deshalb „die GARP-Starthilfe auf 500,- EUR pro Erwachsenen und Jugendlichen und auf 250,- EUR pro Kind bis zu 12 Jahren (maximal 1.500,- EUR pro Familie) bis zunächst Ende des Jahres erhöht.“ Gleichzeitig werde die Starthilfe auch gewährt, wenn die Betroffenen „unerlaubt in das Bundesgebiet eingereist sind und sie sich ohne Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet aufhalten, soweit die Einreise vor dem 1.4.2003 erfolgte.“

Eine freiwillige Rückkehr sei aber nur auf dem Landweg über Nachbarstaaten möglich, entweder über Jordanien mit Transitvisa in „alten“ irakischen Pässen oder über Syrien, Iran, selten aber über die Türkei.

(SCHNELLINFO 10/2003, 2. 7.03; info@fmrnw.de,  
Köln Flüchtlingsrat, 4.8.03)

## Die Not ist zu groß

**Pro Humanitate wird weiter in Irakisch-Kurdistan helfen**

*Helfen Sie uns helfen!*

Unmittelbar nach dem Kriegsausbruch im Irak im März 2003 hat der Internationale Verein für Frieden und Gerechtigkeit – Pro Humanitate e.V. begonnen, humanitäre Hilfe für die Menschen in Irakisch-Kurdistan, insbesondere für Vertriebene und Flüchtlinge, zu organisieren.

Dank der Spenden und der finanziellen Unterstützung der Missionszentrale der Franziskaner konnten wir bereits 45.000 Menschen mit Hilfsgütern im Wert von 181.000 €, mit Grundnahrungsmitteln und Babynahrung,

mit Medikamenten und sauberem Trinkwasser sowie mit Kinderbekleidung und Schulmaterial versorgen.

**In den Regionen** Qarec, Machmur, Qarakosh, Koy und Taqtaq wurden an 5.600 Familien Grundnahrungsmittel und Babynahrung sowie Hygieneartikel verteilt.

Darunter

• 100 t Mehl • 15 t Reis • 15 t Speiseöl • 8 t Tomatenmark  
• 10 t Nudeln • 10 t Linsen • 4 t Milchpulver • 4 t Butterkekse • 6,5 t Seife und Waschpulver

**In 42 Dörfern** in den Regionen Qarec/Machmur/Mossul und Shwon/Tschemtschemal/Kirkuk, in denen die Menschen nach 1987 aus ihren Häusern und Dörfern mit Gewalt und sogar Giftgas vertrieben worden waren, konnten wir Rückkehrerfamilien, die weder Häuser, noch Strom und Trinkwasser haben, mit 45 Wassertanks á 2000 l, und 3100 Wasserkanistern á 20 l beim Neuanfang helfen. Außerdem wurden in 5 Dörfern Wasserbrunnen gebohrt und Wasserpumpen mit Generatoren installiert.

### Des weiteren hat Pro Humanitate

- in Koy und Taqtaq über 1000 Flüchtlingskindern mit Kinderkleidung geholfen,
- im Flüchtlingscamp in Machmur 3085 SchülerInnen mit Schulmaterial für ein Schuljahr ausgerüstet,
- und die Krankenhäuser in Koy, Dokan und Pireme-grun, die die medizinische Versorgung für 100.000 Menschen sicherstellen sollen, mit Medikamenten versorgt.

### Kurdische Flüchtlinge und Rückkehrer nicht vergessen

Wenngleich sich die Situation in Irakisch-Kurdistan deutlich vom Rest des Iraks unterscheidet, kurdische PolitikerInnen zu recht auf ihre Aufbauleistungen in den vergangenen Jahren verweisen und die Spuren der Unterdrückung allmählich verschwinden, darf nicht vergessen werden, dass vor allem in den Flüchtlingscamps noch immer eine Vielzahl von Menschen einer ungewissen Zukunft entgegenblickt und die Wasserversorgung insbesondere in den zum großen Teil zerstörten Dörfern der Rückkehrer nicht gesichert ist.

Deshalb muss die Unterstützung für diese Menschen fortgesetzt werden:

- Die Kinder im Flüchtlingscamp Machmur brauchen Kinderbekleidung und Schuhe
- In Hewlêr (Erbil) brauchen Waisen- und Straßenkinder, Menschen mit Behinderung und alte Menschen dringend Grundnahrungsmittel, um gesund zu überleben
- Die Rückkehrer in den Dörfern um Shwon/Tschemtschemal/Kirkuk benötigen Aufbauhilfe für die Trinkwasserversorgung

### Wer wir sind und was wir bisher taten

Unsere humanitäre Hilfsorganisation „Internationaler Verein für Frieden und Gerechtigkeit – Pro Humanitate e.V.“ hat mit Unterstützung vieler Spender, des Auswärtigen Amtes, der Franziskaner in Deutschland und des Päpstlichen Kinderhilfswerks Aachen, gemeinsam mit der Koordination „Gerechtigkeit und Frieden“ der Mitteleuropäischen Franziskanerprovinzen, seit 1996 über 32.000 vertriebene Familien – also etwa 250.000 Menschen – in Türkisch-Kurdistan geholfen. Unsere

humanitäre Hilfe diene vor allem der Überbrückung der Wintermonate mit Lebensmitteln und Heizmaterial, der Bekämpfung von Krankheiten und Kindersterblichkeit aufgrund von Mangelernährung und Kälte. Nach dem Erdbeben in der Türkei im Sommer 1999 wurden Zehntausende Menschen durch mobile Suppenküchen versorgt. In Antakya unterstützten wir ein interreligiöses Begegnungszentrum für christliche, moslemische und alevitische Jugendliche.

**Unser Selbsthilfe-Projekt „Bienenstöcke für Hakkari“** haben wir erfolgreich mit 120 Bienenstöcken gestartet. Die Aktion wird fortgesetzt, bis wir das Ziel „500 Bienenstöcke für Menschen mit Behinderung“ erreicht haben. Wir suchen weiterhin Paten für 380 Bienenstöcke. Mit 80 € können auch Sie eine Bienenstock-Patenschaft eingehen.

**Geplant ist wieder eine Winteraktion** für kurdische Vertriebene und Binnenflüchtlinge im kurdischen Teil der Türkei zur Versorgung mit Grundnahrungsmitteln. Durch eine Spende in Höhe von 40 € können Sie die Not einer kinderreichen kurdischen Familie mit 50 kg Mehl, 5 kg Reis, 5 kg Nudeln, 5kg Weizengrütze, 5 kg Zucker und 5 kg Speiseöl lindern.

*Wir freuen uns sehr, wenn auch Sie mithelfen und laden Sie dazu herzlich ein.*

Spenden sind steuerlich abzugsfähig.  
Spendenkonto: **10 262 533, BLZ: 370 501 98** bei der **Stadtparkasse Köln.**

Internationaler Verein für Frieden und Gerechtigkeit – Pro Humanitate e.V.

Postfach 90 31 70, D- 51124 Köln, Tel. 0 22 03/126 76, Fax 0 22 03/126 77, Pro-Humanitate@t-online.de.

## Leopard-Panzer für die Türkei?

Das Bundesverteidigungsministerium erwägt gebrauchte deutsche Leopard-Panzer an die Türkei zu verkaufen. Im Spätherbst soll auf einer Militärmesse in der Türkei ausgelotet werden, ob die Türkei die Leopard noch haben will. Ankara hatte Ende 2001 Interesse am Kauf von Leopard-II-Panzer angemeldet. „Zurzeit liegt keine aktuelle Anfrage vor“, teilte das Verteidigungsministerium am 9 August, auf Anfrage der Tageszeitung Handelsblatt mit. Sowohl in hohen Regierungskreisen als auch in der SPD-Fraktion heißt es jedoch, dass die restriktive Exportpolitik gegenüber der Türkei angesichts des Annäherungskurses des Landes an die Europäische Union und der Fortschritte in der Menschenrechtspolitik immer unsinniger werde. Die Sprecher der SPD-Fraktion für Verteidigungs- und Europapolitik, Rainer Arnold und Günter Gloser, forderten ebenfalls eine Änderung der Türkei-Politik und generell eine liberalere Auslegung der Exportrichtlinien für Rüstungsgüter. Im Gegensatz zu seinen Koalitionären sagt Ludger Volmer, außenpolitischer Sprecher der Grünen; „Wir müssen erst abwarten, wie weit der Demokratisierungsprozess der Türkei geht, bevor Deutschland seine Rüstungsexportpolitik gegenüber dem Land ändern kann.“ Dieser Zeitpunkt sei noch nicht gekommen: Jetzt ein Panzer-Geschäft zu genehmigen, hieße einen Zukunftsscheck auszustellen, ohne zu wissen, ob dieser Scheck gedeckt ist“, sagte Volmer. So

müsse klar sein, dass es eine wirkliche Änderung der Kurdenpolitik gebe. Volmer räumte allerdings ein, dass von dem Moment an, an dem die Türkei das „EU-Gütesiegel“ erhalte, die Debatte anders zu führen ist. „Dann haben wir aber auch den Nachweis, dass es sich um eine andere Türkei handelt.“

(Handelsblatt, 10.8.03, Der Tagesspiegel, 12. und 13.8.03)

### Sommer der Gnadenlosigkeit:

## Brutale Abschiebungen, Familientrennungen ...

Als „endlosen Sommer ausländerpolitischer Gnadenlosigkeit“ bezeichnet PRO ASYL, was sich in den letzten Wochen in deutschen Ausländerbehörden abspielt. In Kriegs- und Krisenregionen wird immer bedenkenloser abgeschoben. Schwer kranke Menschen werden in ärztlicher Begleitung abtransportiert, ärztliche Atteste und Gutachten zu psychischen Erkrankungen vom Tisch gewischt, Familientrennungen in Kauf genommen. Ein Klima der Angst breitet sich aus unter denjenigen, die oft seit vielen Jahren mit einer Duldung in Deutschland leben. PRO ASYL fordert von den politischen Verantwortlichen ein Ende der ausländerpolitischen Grausamkeiten und ihren Einsatz für eine humane Bleiberechtsregelung, die Menschen mit langjährigem Aufenthalt in Deutschland absichert.

Am 10. August 2003 stürzte sich die 16-jährige Nurcan B. aus Angst vor der Abschiebung aus dem Fenster eines Hauses in Wendlingen (Baden-Württemberg). Das Mädchen hat nahezu ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht. Sie wäre in ein fremdes Land abgeschoben worden: ohne Perspektive. Nun liegt sie mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus. Nach der 20-jährigen Ibadete B. aus Thüringen ist sie bereits die zweite junge Frau, die in diesem Jahr aus Angst, ins Nichts abgeschoben zu werden, in die Verzweiflung sprang.

Schuld an der Häufung solcher Vorfälle sind nicht weitere Verschärfungen des Ausländerrechts, sondern die Akribie und der Zeitaufwand, mit dem sich deutsche Ausländerbehörden offenbar zur Zeit dem Vollzug von Abschiebungen widmen. Seit langem ist die Zahl der Asylsuchenden rückläufig. Ausländerbehörden haben offenbar jetzt Kapazitäten frei, um verstärkt diejenigen Ausreisepflichtigen abzuschieben, die bereits viele Jahre lang aus unterschiedlichen Gründen in Deutschland „geduldet“ werden. (...)

Viele der Abschiebungen geschehen gegen den heftigen Protest von Arbeitgebern, Lehrern, Mitschülern, Freunden. Die wissen aus nachbarschaftlicher Erfahrung mit den nach langem Leben in Deutschland von Abschiebung Bedrohten: Auf diese Weise werden gewachsene Bindungen zerstört, Integrationserfolge zunichte gemacht, Menschen die Zukunftsperspektiven genommen, Familien enturzelt.

PRO ASYL: „Die Behörden verschwenden Zeit, Geld und Energie, um Menschen mit Gewalt außer Landes zu schaffen, die hier längst integriert sind. Sie investieren in Unmenschlichkeit.“ Verantwortlich hierfür sind alle Poli-

tiker, die sich einer Bleiberechtsregelung für lange hier lebende Menschen verweigern... Verantwortlich für das Klima der „Abschiebungen um jeden Preis“ ist aber auch eine Bundesregierung, die bereits im Dezember 2001 die Programmatik deutlich gemacht hat: „Die Bundesregierung wird auch zukünftig alle Schritte ergreifen, um eine sichere und effektive Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer – erforderlichenfalls auch gegen deren Willen – durchzusetzen.“ Dieser Abschiebungssommer steht im Zeichen einer Kette organisierter Verantwortungslosigkeit. Die deutsche Asylpolitik hat nicht das von Politikern so gerne zitierte Vollzugsdefizit, sie hat ein Humanitätsdefizit.

(PRO ASYL, Presseerklärung, 28.8.03, proasyl@proasyl.de, Haiko Kauffmann in FR, 21.6.03)

### Bericht aus dem ‚Bienenland‘ Hakkari:

## **Wer 120 Bienenstöcke für Menschen mit Behinderung schafft, schafft auch 500!**

„In Hakkari leben Menschen, vorwiegend Kurden, die aus ihren Dörfern fliehen mussten. Die ärmsten unter ihnen sind Menschen mit Behinderung, zumeist Opfer des Krieges in dieser Region. Sie haben eine Selbsthilfegruppe – Verein der Menschen mit Behinderung – gegründet, um aus eigener Kraft ihre Lebenssituation und ihre Überlebenschancen zu verbessern. Dazu haben sie sich Bienenzucht und Honiggewinnung als Projekt vorgenommen. Der Honig aus Colemerg/Hakkari ist sehr begehrt und über die Region hinaus berühmt. Als Hilfe zur Selbsthilfe wollen wir ihnen im ‚Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung‘ durch Patenschaften für Bienenstöcke den Start ermöglichen.“

Mit diesen Zeilen hat Pro Humanitate e.V. im Frühjahr 2003 unsere Aktion ‚Bienenstöcke für Hakkari‘ begründet und um Spenden und Patenschaften gebeten.

„Dank vieler SpenderInnen und der finanziellen Unterstützung der Missionszentrale der Franziskaner sowie dem Kinderhilfswerk ‚Aktion Dreikönigssingen‘ haben wir das Selbsthilfe-Projekt ‚Bienenstöcke für Hakkari‘ mit 120 Bienenstöcken beginnen können.

Wie der nun vorliegende Bericht aus Hakkari darlegt, werden wir bei der Umsetzung unseres Zieles von den Bienen mit aller Kraft unterstützt.

Der ‚Verein der Menschen mit Behinderung‘ teilt weiterhin mit, dass das Selbsthilfeprojekt schon jetzt als erfolgreich betrachtet werden kann, da

1. die vom gesellschaftlichen Leben nahezu ausgeschlossenen Menschen mit Behinderung zeigen, dass sie durchaus dazu in der Lage sind, etwas einmaliges und beispielhaftes für die Region in die Praxis umzusetzen und somit sich und ihre Familien finanziell zu unterstützen, wenn die Umstände und Möglichkeiten es erlauben;
2. der Zusammenhalt und die Solidarität der Menschen mit Behinderung untereinander durchaus Vorbildcharakter für andere Menschen hat, sich zusammenzuschließen und sich für seine Interessen aktiv einzusetzen.

‚Dieses Projekt muss einfach erfolgreich sein‘, schreibt uns unser örtlicher Kooperationspartner und führt fort: ‚Sie als Spender und Paten haben uns eine Richtung gezeigt und unser Vorhaben aktiv unterstützt. Wir haben uns zusammengetan und den starken Willen gezeigt, das umzusetzen, was durch ihre Spenden ermöglicht wurde. Deswegen sind wir verurteilt, erfolgreich zu sein und das werden wir auch tun ...‘

25 Mitglieder unseres Vereins haben einen 5-tägigen Intensivkurs zu Bienenzucht absolviert. Nach einem solchen Einführungskurs sind sie jedoch nicht in der Lage, selbstständig Bienenzucht zu betreiben. Deshalb wurde ein erfahrener Imker mit einem Monatslohn von 350.000.000 TL (umgerechnet 225 €) eingestellt. Unter seiner Regie lernen und arbeiten diese 25 Menschen.

Durch ihre Spenden konnten wir zunächst 120 Bienenstöcke kaufen. Für das ‚Bienenland‘ (Bienenweide) zahlen wir 300.000.000 TL Miete. Dort haben wir durch den unermüdlichen Einsatz unserer Mitglieder eine kleine Baracke für insgesamt 200.000.000 TL eingerichtet, damit die Helfer bei den Bienen ein Dach über dem Kopf haben ...

Wie viele Bienenstöcke wir durch Vermehrung hinzubekommen und wie hoch der Honigertrag ausfallen wird, werden wir in den nächsten Wochen erfahren und Ihnen mitteilen. Es handelt sich hierbei um reinen Naturhonig, der ohne zusätzlichen Zucker gesättigt wird. Dies werden wir durch eine Laboruntersuchung bestätigen lassen. Darüber hinaus werden wir den Honig als ein Naturprodukt anerkennen und etikettieren lassen ...

Seien Sie sicher, dass Ihre Entscheidung uns zu unterstützen, eine richtige und treffende Entscheidung war und ist. Armut, Behinderung und Vertreibung sind kein Schicksal. Mit Ihrer Unterstützung werden wir erreichen, dass diese Menschen in Würde leben. Allen UnterstützerInnen und Paten danken wir von ganzem Herzen!‘

Hier noch einmal das Ziel und der Zweck der Maßnahme, um die neuen Menschen im Kreis der UnterstützerInnen von unserem Vorhaben zu informieren:

### **Das Selbsthilfe-Projekt ‚Bienenstöcke für Hakkari‘**

‚Familien mit behinderten Menschen sollen, soweit die Patenschaften reichen, je 10 Bienenstöcke erhalten. Ein Bienenstock mit Bienenvolk, Bienenkönigin, Wachsplatten und allen dazu gehörigen Nebenkosten (Imker-Bekleidung, Transport, notwendige Medizin gegen Milben etc., regelmäßige Kontrolle durch Fachkräfte, Geräte zum Schleudern und Ablagern des Honigs usw.) betragen umgerechnet 80 €. Die Familien verpflichten sich, ab der zweiten Saison jährlich jeweils fünf Bienenvölker von den durch Vermehrung gewonnenen neuen Bienenvölkern zur Verfügung zu stellen, damit andere Familien mit neuen Bienenstöcken versorgt werden können. Da es ein gut organisiertes Imkerwesen in der Region gibt, sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung des Selbsthilfeprojekts gut.‘

120 Bienenstöcke für Menschen mit Behinderung in Hakkari haben wir erreicht. Wer 120 Bienenstöcke geschafft hat, schafft auch 500! Helfen Sie mit, die Not zu lindern und den Menschen eine Perspektive zu geben! Wir bitten Sie, sich weiterhin für Patenschaften für Bienenstöcke einzusetzen.

Für das Vertrauen und die geleistete Unterstützung danken wir allen SpendernInnen aus ganzem Herzen und übermitteln stellvertretend die herzlichsten Dankesgrüße der Menschen mit Behinderung aus Hakkari.“

Pro Humanitate e.V., Postfach 90 31 70, 51124 Köln,  
Tel. 02203/126 76, Fax 02203/126 77,  
Pro-Humanitate@t-online.de. Spendenkonto: 10 262 533,  
BLZ 370 501 98 bei der Stadtsparkasse Köln.

## Wenn es in der Heimat um Krieg und Frieden geht

Die Rolle von Exil-/Diasporagemeinschaften in Krisenentwicklung und ziviler Konfliktbearbeitung für ein Internationales Werkstattgespräch in der Evangelischen Akademie Loccum vom 12.–14. November 2003

Bei den Betrachtungen von Krisen und Gewaltkonflikten und bei den vielfältigen Bemühungen um zivile Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung ist eine wichtige Akteursgruppe lange Zeit relativ wenig beachtet worden. Erst in jüngster Zeit kommt zunehmend in den Blick, dass Personen und Gruppen aus Krisen- und Konfliktregionen, die zeitweise oder dauerhaft in anderen Ländern, etwa hier in Deutschland, in weiteren EU-Staaten oder in den USA leben, durchaus mit dem Geschehen in ihren jeweiligen Herkunftsländern verbunden geblieben sind und auf höchst unterschiedliche Art auf dieses Geschehen einwirken können und konkret einwirken.

Die Beschäftigung mit dieser Frage steht noch ganz am Anfang. Immerhin gibt es inzwischen einige Forschungsprojekte, die konkrete Beispiele untersuchen, um die Rolle und die Möglichkeiten von Exil-/Diasporagemeinschaften bei der Entstehung, Entwicklung und Bearbeitung von Konflikten in ihrer jeweiligen Heimatregion differenzierter zu erfassen. Außerdem werden in der zivilen Konfliktbearbeitung seit einiger Zeit erste Versuche unternommen, verstärkt Akteure aus den hier lebenden Exil- / Diasporagemeinschaften für eine Mitarbeit in Projekten der zivilen Konfliktbearbeitung, zumal in Projekten der Versöhnung und des Wiederaufbaus zu gewinnen.

Mit dem internationalen Werkstattgespräch werden zwei Ziele verfolgt: Zum einen soll untersucht werden, welche Rolle Exil-/Diasporagemeinschaften bei der Entstehung und Entwicklung von Konflikten in ihrer jeweiligen Heimatregion spielen.

Zum anderen soll geklärt werden, welche Möglichkeiten es gäbe, Exil-/ Diasporagemeinschaften konstruktiv in Prozesse der Konflikttransformation, der Versöhnung und des Wiederaufbaus einzubinden.

In dem Internationalen Werkstattgespräch werden die aufgeworfenen Fragen auf drei konkrete Krisen- und Konfliktfälle bezogen:

Forum 1: Israelisch-Palästinensischer Konflikt

Leitung: Dr. Margret Johannsen, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg

Forum 2: Türkisch-Kurdischer Konflikt

Dr. Jochen Hippler, Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg

Forum 3: Tamilisch-Singhalesischer Konflikt

Dr. Norbert Ropers, Berghof-Foundation for Conflict Studies, Sri Lanka-Office in Colombo

Wolfram Zunzer, Berghof Forschungszentrum für zivile Konfliktbearbeitung, Berlin

Für weitere Informationen: Evangelische Akademie Loccum,  
Tel. 05766-81 113, Fax: 05766-81 128, Joerg.Calliess@evlka.de

## 6 Aufbaukurse vom Forum Ziviler Friedensdienst

Forum Ziviler Friedensdienst bietet im November 2003 sechs Aufbaukurse zu folgenden Themen an:

1. Planung, Monitoring und Evaluation von Projekten
2. Menschenrechtsarbeit und Wahlbeobachtung
3. Künstlerische Ansätze in der Friedensarbeit
4. Umgang mit Trauma
5. Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen
6. Entscheidung für Geschichte

Infos bei: Forum Ziviler Friedensdienst e.V. – Abteilung Qualifizierung,  
Tel. 0228-981 44 73, Fax: 981 44 75,  
www.friedenbrauchtFachleute.de, www.forumzfd.de

## Neuerscheinungen

### Frieden braucht Fachleute

„Frieden braucht Fachleute. Eigentlich ist das doch logisch. Wie viel Energie, Kreativität, Intelligenz, Ausdauer, Mut und visionäre Kraft haben wir in die Ausstattung, in das Training und in die gesellschaftliche Belohnung von Fachleuten für Gewaltfreiheit investiert. Wie viele Fehlschläge, Rückschläge, Misserfolge haben wir dabei akzeptiert, ohne unsere Anstrengungen zu reduzieren oder aufzugeben. Aber das Umdenken hat begonnen. Seit 1996 versteht sich das Forum Ziviler Friedensdienst als Anwalt dieser Idee, qualifiziert Fachleute für den Einsatz und führt Projekte in konfliktreichen Regionen durch. Es ist Zeit, nicht nur das Denken, sondern auch das Handeln zu verändern.“

„Frieden braucht Fachleute“ – Katalog  
zur Ausstellung, Paperback A4, 32 Seiten, 6.00 EUR,  
ISBN 3-93325-24-2

Zu Bestellen bei meinhardt text and design,  
Tel. 06126- 588 688, Fax 588 689, info@m-tud.de

### Kurdische Universitäten

Ein Überblick über Forschung und Lehre in Kurdistan-Irak

„Kurdische Universitäten. Dieser Begriff ist mit dem in der deutschen Öffentlichkeit vorhandenen Bild von Kurden nur schwer zu vereinbaren. Doch dieses Bild trägt ... Die Universitäten in Kurdistan-Irak haben Modelcharakter. Über sie zu informieren, ist Aufgabe dieser Bröschüre“, heißt es auf dem Rückblatt der genannten Publikation.

ISBN: 3-933279-17-8, Navend, Tel. 02 28/65 29 00,  
Fax 02 28/65 29 09, info@navend.de

**G I 4654**

**NN 29, Sept 2003**

(Redaktionsschluss: 5. 9. 2003)

Port payé  
Köln  
**ALLEMAGNE**

**Sendung** zu ermäßigtem Entgelt  
**Envoi** à taxe réduite

## *Jiyanek bash û dirêj Andreas!*

Nelson Mandela, der ein hartes Leben hinter Gittern des Apartheidregimes verbrachte und gerade im Juli seinen 85. Geburtstag feierte, änderte das Gesicht der Welt und zeigte, daß man mit einer „butterweichen“ Politik das brutalste Machtwerk durchlöchern und zu gewaltigen Zugeständnissen bewegen kann.

Bill Clinton, Ex-Präsident einer Supermacht, die jahrzehntelang den Unterdrückungsapparat in Südafrika politisch, militärisch, diplomatisch und wirtschaftlich unterstützte, sagte über den „butterweichen“ Mann aus Südafrika, dem Idol der Freiheitsbewegung und Symbol für Prinzipientreue, Geduld und Ausdauer: „Du hast uns die Freiheit der Vergebung gelehrt und die Macht der Bescheidenheit gezeigt“ (FR, 21.7.03).

Ein anderer Mensch, nicht so fern und unter uns, Andreas Buro, der vor etwa 10 Jahren zum Krieg in der Türkei und zur Kurdenfrage einen „butterweichen“ Text schrieb, wird am 15. August 75 Jahre alt. Er sagte: „Freundschaft zur Türkei kann in dieser historischen Situation nur heißen, ihrer großen Gesellschaft aus Türken, Kurden, Armeniern, aus Moslems, Christen und vielen anderen Völkern und Religionen beizustehen, um Gespräche und Verhandlungen für das zukünftige friedliche Zusammenleben endlich beginnen zu lassen. Helfen wir alle mit, damit die Vernunft siegt, damit die seit Jahrhunderten bestehende Freundschaftsbrücke zwischen Kurden und Türken nicht weiter zerstört wird, die zivilen Kräfte sich stärken und Frieden, der Wunsch der großen Mehrheit dieser Völker, Wirklichkeit werden kann“.

Jene, die ihn wegen diesem „butterweichen“ Text kritisierten und sich von der Friedenskampagne „Schweigen tötet, Frieden jetzt!“ zurückzogen, haben schon längst das Feld verlassen.

Der Dialog-Kreis, der im März 1995 mit dem Aufruf „Krieg in der Türkei – Die Zeit ist reif für eine politische Lösung!“ einen breiten Kreis von etwa 150 prominenten Menschen aus Politik, Kultur und Wissenschaft zusammenbrachte, ist heute durch seine kontinuierliche Friedens- und Vermittlungsarbeit, durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit ein fester Begriff, nicht nur hier in der türkisch-kurdischen Community und interessierten Kreisen, sondern auch in der Türkei.

Das Memorandum des Dialog-Kreises zu einer Politik der Menschenrechte und Versöhnung, das aus

der Feder von Andreas stammte, hat er im Dezember 2002 in Ankara dem heutigen Premierminister der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, eigenhändig überreicht und ihm die ersten Schritte einer Friedens- und Versöhnungspolitik im türkisch-kurdischen Konflikt erläutert.

In dieser Eigenschaft war er der erste Europäer, der wagte, einem Staatsmann in der Türkei so etwas zu überreichen und mit ihm über das Tabuthema der Türkei, „die Kurdenfrage“ zu diskutieren.

Jetzt will Andreas das begonnene Projekt mit der zweiten Folge, Seance wieder in Ankara im Herzen der Türkei fortsetzen. Mit einer Konferenz zum gleichen Thema will er türkische und kurdische Politiker sowie Intellektuelle zusammenbringen und Rahmenbedingungen für eine gemeinsame „Friedens- und Versöhnungspolitik“ ausarbeiten. Wenn dieses Projekt in die Tat umgesetzt wird, wird es das erste in dieser Art sein.

Alles, was der Dialog-Kreis unter seiner Regie und Federführung gemacht und erreicht hat, bildet jedoch nur einen kleinen Teil seines Aufgabenbereiches. Zu seinem Aufgabenarsenal gehören nicht nur die Türkei und Kurdistan, sondern eine Vielzahl weiterer Konflikte.

### **Andreas Buro,**

- ein Friedensaktivist, der stets versucht, von Europa nach Asien, von Asien nach Afrika und umgekehrt Brücken zu bauen,
- ein Friedenskämpfer, der versucht, von Bosnien zum Kosovo, von Afghanistan zum Irak, von Türkei/Kurdistan zu Israel/Palästina, vom Kongo zu Tschetschenien eine andere nicht von Waffen und Gewalt diktierte und gekennzeichnete Politik zu entwickeln,
- ein unermüdlicher, energievoller Mensch, der für die Friedenssache durch die Republik düst,  
**wird 75.**

Ein volles Leben gewidmet für Frieden und Versöhnung gegen Gewalt und Zerstörung!

Danke Andreas, für die angenehme, gute und für mich lehrreiche Arbeit und alles Gute und herzlichen Glückwunsch kekê Andreas, jiyanek herî bash und dirêj!

*Memo Sahin*

(Komitee für Grundrechte und Demokratie,  
Informationen 4/2003 – August 2003)